

Klaus Höpcke

Der halbierte Demos

**Nach der Europa-Wahl:
Parteiensystem delegitimiert? Wie gehen wir mit PDS-Wahlergebnissen um: Erfreut? Nüchtern? Fragen wir: Warum nicht sieben Prozent?**

Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V.
(Rosa-Luxemburg-Stiftung in Thüringen)

TEXTE & ARGUMENTE

Von 26,5 Millionen Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland, die am 13. Juni 2004 an der Wahl der Abgeordneten des Europa-Parlaments teilgenommen haben, was einer Wahlbeteiligung von 43 % entspricht, gaben andert-halb Millionen (genau: 1.579.693) ihre Stimme den auf einer offenen Liste ange-tretenen Kandidatinnen und Kandidaten der PDS. Das ergab einen Anteil von 6,1 % an den abgegebenen 25.780.773 gültigen Stimmen.

Damit gehören dem Europäischen Parlament statt bisher sechs künftig sieben Politikerinnen und Politiker an, die das Europa-Wahlprogramm der Partei des Demokratischen Sozialismus vertreten. Es sind dies: Sylvia-Yvonne Kaufmann, Helmuth Markov, Gabi Zimmer, Tobias Pflüger, Sahra Wagenknecht, André Brie, Feleknas Uca.

Wahlenthaltung einer 57-Prozent-Mehrheit

Bevor wir uns den PDS-Wahlergebnissen im einzelnen zuwenden, halten wir ei-nen Augenblick bei der Wahlbeteiligung inne: Eine Mehrheit von 57 % der Wahl-berechtigten hat nicht gewählt. In der Zeitschrift „DeutschlandArchiv“ (Heft 4/2004, Seiten 556–560) wertet Hans-Georg Golz, Bonn, in einem Kommentar unter der Überschrift „Zeit des Abstrafens“ die drastische Wahlenthaltung als das gravierendste Ergebnis der Juni-Wahlen 2004. Damit hat er meines Erachtens recht. Mir scheint aber, aus dieser Tatsache ergeben sich grundsätzlichere Fragen, als er sie stellt.

Die Vorstellung von der Legitimität, der politischen Rechtmäßigkeit eines de-mokratischen Staats beruht auf der Annahme, in ihm bestimme das Volk, wer ge-wählt wird und wer nicht; dem gemäß gehe die Staatsgewalt vom Volk aus. Ist diese Legitimationsannahme während der letzten zwanzig oder dreißig Jahre hier-zulande jemals so heftig erschüttert und also in Frage gestellt worden, wie da-durch, daß jetzt mehr als die Hälfte der mit Wahlrecht ausgestatteten Bürgerinnen und Bürger die Teilnahme an der Europa-Wahl verweigerte? Warum schweigen dazu geübte Delegitimierungs-Rufer vom Schlage eines Klaus Kinkel? Bemerkensie etwa nicht, daß die schon lange schwelende Krise der politischen Willensbil-dung im Lande Bundesrepublik Deutschland offen sichtbar ausgebrochen ist?

Ist es rechtens, wenn die Mehrheit gar nicht gewählt hat, trotzdem zu sagen, das Europa-Parlament sei aus einer demokratischen Wahl hervorgegangen? Hat nicht in Wahrheit eine Minderheit der Wahlberechtigten Vertreter in eine Körper-schaft entsandt, die als Minoritäten-Versammlung o.ä. bezeichnet werden müßte, um zu verdeutlichen: Das Urteil der Mehrheit steht noch aus? Wäre es nicht drin-gend geboten, statt ständig sich wiederholende Klagereden über niedrige Wahlbe-teiligung zu halten oder anzuhören, in dieser Hinsicht einiges grundlegend anders als bisher zu machen?

Hoffentlich noch nicht zu spät

Müßten Parteien, demoskopische Institute und Medien, besonders die elektronischen, nicht endlich aufhören, unentwegt die Leute zu nerven, in Verwirrung zu stürzen und in ihnen das Gefühl zu nähren, bewirken könne man durch Wählen sowieso nichts? Wie wäre es, sie nähmen ihre Pflicht wahr, die Bevölkerung sachlich zu informieren? Hieße das nicht, der Entmutigung gegenzusteuern? Ließe sich vielleicht auch gesetzlich etwas regeln, um dem Abstimmungsverhalten aller mehr Geltung zu verschaffen? Zum Beispiel so: Beteiligt sich an einem mit Stimmzählung verbundenen Entscheidungs- oder Wahl-Akt ein kleinerer Teil als die Hälfte, sind die Ergebnisse eines solchen Akts nicht ausreichend für die zu treffende Wahl oder Entscheidung, also hinfällig, ungültig.

Gemäß dem Satz „Entweder es geht demokratisch – oder es geht nicht“ muß der Akt wiederholt werden. Mit halbiertem demos ist kein demokratischer Staat zu machen. Die Tendenz, das „Wahlvolk“ auf ein Drittel des Volks zu reduzieren, ist antidemokratisch und also zu verwerfen. Wenigstens heute, wenigstens hier, im abschätzig „altes Europa“ genannten Teil der Welt, aber eigentlich überall. Wie die Franzosen sollten auch wir Deutschen dem Einbruch nordamerikanischer Wahlpraktiken wehren; hoffentlich kann das noch gelingen, hoffentlich ist es dazu nicht schon zu spät.

Das Motto über der Präambel

Ein Satz der alten Griechen, der es immerhin geschafft hat, in dem in verschiedener Hinsicht kritikwürdigen und deswegen abzulehnenden Entwurf einer Verfassung für die Europäische Union an den über allem sonstigen Text stehenden Platz zu gelangen, verdient in diesem Zusammenhang Aufmerksamkeit und Interesse. Er steht als Motto über der Präambel. Es handelt sich um ein von Thukydides in der „Geschichte des Peloponnesischen Krieges“ dem Perikles zugeschriebene Aussage, geäußert in dessen Rede für die im Kampf um Athen Gefallenen. Diese Grabrede wird als fundierter Lobgesang, als Hymne auf die Athener Demokratie bewundert und geschätzt.

Wegen seiner Bedeutung sei es erlaubt, den entscheidenden Demokratie-Satz aus dem 37. Kapitel der Schrift hier in drei Versionen seiner Übersetzung ins Deutsche anzuführen. „Und weil das Regiment bei uns nicht in der Hand weniger, sondern der Gesamtheit liegt, nennt man unsere Verfassung demokratisch“, heißt es in der 1964 im Leipziger Insel-Verlag erschienenen Buchausgabe von Thukydides’ „Geschichte des peloponnesischen Krieges“, übertragen von Theodor Braun. In einer Edition, deren Herausgabe im Jahre 2003 vom griechischen Parlament beschlossen wurde, „um damit an die Wurzeln und Errungenschaften eines politischen Systems zu erinnern, das wir nicht nur anerkennen und achten sollten, sondern das jeder einzelne von uns, aber auch alle gemeinsam, jeden Tag aufs neue ins Bewußtsein rufen und in die Praxis umsetzen sollten“, heißt der Satz über die Staatsform, in der die alten Griechen lebten, auf deutsch: „Mit Namen wird

sie, weil wir uns nicht auf eine Minderheit, sondern auf die Mehrheit im Volke stützen, Volksherrschaft genannt.“ Und als Präambel-Motto über dem Entwurf für einen „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ – wie lautet der Satz da in deutscher Sprache? Geschrieben steht: „Die Verfassung, die wir haben, ... heißt Demokratie, weil der Staat nicht auf wenige Bürger, sondern auf die Mehrheit ausgerichtet ist.“

Das soll die europaweit gültige offizielle deutsche Übersetzung werden. Ich kenne weder das alte noch das neue Griechisch. Deswegen kann ich über das Verhältnis der Übersetzungen zum Original nicht urteilen. Aber im Vergleich der deutschen Textfassungen fallen Nuancen auf, die Anlaß zum Nachdenken geben. In Formulierungen über „das Regiment ... in der Hand ... der Gesamtheit“ und darüber, daß „wir uns ... auf die Mehrheit im Volke stützen“, weswegen die Staatsform „Volksherrschaft genannt“ wird, erscheinen Gesamtheit/Mehrheit/Volk als Subjekt des historischen Vorgangs, als der eigentliche Akteur politischen Handelns. In der bisherigen EU-Übersetzungsvariante hingegen ist das handelnde Subjekt der Staat, während dessen Bürger und ihre Mehrheit ein Objekt sind, auf das der Staat, wie es heißt, „ausgerichtet“ sei.

Nachfrage bei des Griechischen Kundigen ergab freundliche Auskunft: Der Quelle, dem Wortlaut in der Sprache des Originals kommen Fassungen am nächsten, die besagen: Die Verfassung (bzw. Staatsform), deren wir uns bedienen (bzw. die wir gebrauchen, die wir haben), wird wegen des Sich-Stützens (so die Substantivierung im Original, die auflösbar wäre in: wegen der Tatsache, daß sich gestützt wird) nicht auf wenige, sondern auf viele (bzw. die Mehrheit) mit Namen Demokratie (bzw. Volksherrschaft) genannt.

„Ausgerichtet“ auf die Mehrheit ist näher als bei der Urfassung bei deren englischer Übersetzung. In der heißt es: „It is true that we are called a democracy, for the administration is run with a view to the interests of the many, not the few.“ (So Simon Hornblower in seinem 1991 bei Clarendon Press Oxford erschienenen Kommentar zu Thukydides.) Also „Administration mit einem Blick auf die Interessen der vielen, nicht der wenigen“ würde es heißen. In meinem sachten Argwohn fühle ich mich bestätigt. Administratoren, Verwalter, Regierer, die ihr Tun mit einem Blick auf die Interessen der vielen, nicht der wenigen „ausrichten“, sind zwar natürlich solchen vorzuziehen, die es beim Blick auf die Interessen der wenigen bewenden lassen. Die Bindung an das von der Mehrheit Gebrauchte und Gewollte erscheint mir aber deutlich verpflichtender ausgedrückt, wenn das griechische *o i k e i n* im Deutschen besagt: sich stützen auf, bauen auf. Das harmoniert gut mit der vom griechischen Parlament autorisierten wortgetreuen Übersetzung von Demokratie als Volksherrschaft.

Zurück zu Problemen von Demokratie heute und hier am Beispiel der jüngst stattgehabten Wahlen.

CDU-Alleinregierungen – Profiteure schwacher Wahlbeteiligung

Beim Thema Wahlbeteiligung lenken einige vom eigentlichen Streitpunkt ab, indem sie über noch geringere Beteiligungsquoten in benachbarten Ländern zetern. Beim Blick auf innere Auswirkungen fantasieren sie, Wahlenthaltung sei ausgerechnet vor allem für die PDS von Vorteil, weil deren Anhänger sich besser als andere mobilisieren ließen. So schwätzen die, die von geringer Wahlbeteiligung im Unmaß profitiert haben, z.B. schon bei der Thüringer Landtagswahl 1999. Das Wegbleiben vieler kritisch gesonnener Bürgerinnen und Bürger von den Wahlurnen erhöhte damals den relativen Anteil der CDU-Stimmen so weit, daß diese Partei sich ins Fäustchen lachte und eine Alleinregierung bildete. Grundlage: Prozentplus bei Stimmenrückgang. Dieser Rückgang schon unter Vogel ist unter dessen Nachfolger Althaus weitergegangen und führte jetzt sogar zu einem Prozenteminus, das aber in ein Mandateplus umgewandelt werden konnte – unter Nutzung der aufgrund der 5-Prozent-Klausel bei der Sitzverteilung im Parlament unberücksichtigt gebliebenen Stimmen von B90/Grüne und FDP.

So weit zu einigen der Hintergründe, deren wir uns bewußt bleiben sollten, wenn wir das PDS-Ergebnis „über sechs Prozent“ erörtern.

Gewachsenes Selbstbewußtsein ...

Erinnern wir uns des Augenblicks, als dieses Ergebnis in den Abendstunden des 13. Juni zunächst wahrscheinlich wurde und dann von Stunde zu Stunde mehr zur Gewißheit: Höchste Gespanntheit löste sich auf, Erleichterung ging durch die Gemüter, gefolgt von Freude und Begeisterung. Angefeuert noch durch das tolle Thüringer Landtagswahlergebnis von 26,1 %. Später kam die nicht minder erfreuliche Nachricht hinzu, daß im Land Brandenburg die PDS mit 30,8 % der Stimmen CDU und SPD deutlich hinter sich gelassen hatte (sie lagen bei 24,0 bzw. 20,6 %). Das, was man „unser Selbst“ nennen könnte, wuchs in diesen Stunden in den Köpfen und Herzen der Beteiligten sprunghaft. Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen sogen aus dem Erreichten Kraft. Unsere Anstrengungen haben sich gelohnt, wurden wir gewahr. Und: Die Anstrengungen derer, die uns wegreden bzw. wegschweigen wollten, erwiesen sich in dem an diesem Tag entscheidenden Punkt – PDS raus aus dem Europa-Parlament oder wieder rein – als vergeblich.

... contra Selbstgefälligkeit

Von Dauer kann die Freude sein, sofern gewachsenes Selbstbewußtsein und gestärktes Selbstvertrauen nicht umgefälscht werden in Selbstgenügsamkeit und Selbstgefälligkeit, die häßlichen und schadenbringenden Ausgeburten von Selbsttäuschung. Wir müßten lügen, wollten wir bestreiten, daß es so etwas in unseren Reihen gibt. Die Schlauerer unter unseren politischen Konkurrenten und Gegnern nähren solche Neigungen mit Wonne. Von ihnen wird dem unentwegten Beschimpfen des demokratischen Sozialismus gelegentlich etwas Lob für einzelne

Vorstandsmitglieder oder Parlamentarier der PDS beigemengt. Naivlinge sollen darauf hereinfliegen.

Beim Nachdenken über das Wahlergebnis vom 13. Juni 2004 ist Nüchternheit geboten. Dazu gehört, sich bewußt zu machen, in welcher Größenordnung die Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde gelungen ist: 6,1 – also 1,1 über den unbedingt nötigen 5 %. Wieviel ist das, in Wählerstimmen ausgedrückt? 1,1 % – das waren bei diesen Wahlen 283.588 Stimmen. Zum Vergleich: Bei den Bundestagswahlen vom 27. September 1998 überwandern wir die Fünf-Prozent-Hürde mit 0,1 über fünf Prozent. Das waren 49.300 Stimmen. Hauchdünn. Damals und in der Folgezeit ist nicht genügend nüchtern und kritisch darüber nachgedacht worden, wie ein größeres eigenständiges Stimmenpotential für die PDS zu erschließen ist. Die Quittung von 2002 ist wohl allen noch in gruseliger Erinnerung, als wir vor der Hürde strauchelten, während einzelne – Gefangene ihrer Selbsttäuschung, die PDS werde „zweifelsfrei drüber“ kommen – schon Regierer-Hilfsdienste ersannen.

Daß uns solches Mißgeschick jetzt nicht widerfuhr, sollte dazu anregen, einiges tiefer zu ergründen, nämlich: Was hat es ermöglicht, diesmal etwas mehr als fünf Prozent der Stimmen zu erreichen? Und: Worin liegen die Gründe, die verursacht haben, daß es nicht sieben Prozent geworden sind? In dieser Art zu fragen, mag manchen befremden. Wer einen Augenblick länger darüber nachdenkt, wird – hoffe ich – bemerken: Es ist unsere Pflicht, uns Fragen nach weitergehenden Möglichkeiten zu stellen. Solche Fragen sind nicht zu verwechseln mit selbstgefälligen Voraussagen, wie von einigen unserer Prahlhänse im Jahre 2002 praktiziert, oder mit Möllemanns großspuriger 18-Prozent-Reklame. Nein, Derartiges nicht. Aber fragen müssen wir. Das ergibt sich aus der Tatsache, daß weltpolitische und innere Konfliktstoffe objektive Voraussetzungen für einen stärkeren Anstieg von Stimmen für Kandidatinnen und Kandidaten des demokratischen Sozialismus boten und weiterhin bieten. Herausgefunden werden muß: Warum blieben sie noch ohne die ihnen gemäße subjektive Gegenkraft-Konzentration? Was können, was müssen wir tun, damit das in den nächsten Jahren anders werden und sich beispielsweise bei den Bundestagswahlen 2006 auswirken kann?

Europa zu Aufrüstung verpflichtet? NEIN!

Wesentlichen Einfluß darauf wird haben, wie die Abgeordneten und die PDS im ganzen das jetzt erreichte Wählervotum verstehen. Begreifen sie es als gehörige Portion kombinierter Vertrauensbewährung, -erneuerung und -erwartung? Erkannt und beherzigt werden sollte: Wer sich für die Liste dieser Partei entschieden hat, tat das in der Gewißheit oder Hoffnung: Die PDS-Europa-Abgeordneten bleiben nach der Wahl bei dem, wofür sie vor der Wahl eingetreten sind.

Zum klaren JA zu Europa gehört für sie ein ebenso klares doppeltes NEIN zu Artikeln im EU-Verfassungsentwurf und entsprechenden Schritten in der praktischen Politik, die die Zukunft des Kontinents gefährden.

Das ist erstens das NEIN gegen die Verpflichtung zur Aufrüstung, gegen ein Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten, gegen „multinationale“ Streitkräfte mit Aufträgen, die dem im Grundgesetz-Artikel 26 ausgesprochenen Verbot von Angriffskriegen widersprechen können. Wer sich auch nur ein wenig für Beweggründe von Wählerinnen und Wählern interessiert hat, weiß, daß manche, die schon drauf und dran waren, dem Nichtwählerlager anheimzufallen, sich doch noch zur Stimmabgabe zugunsten der PDS aufgerafft haben, weil die ursprüngliche Absicht, die EU-Verfassung ohne unsere Gegenstimmen passieren zu lassen, vom Parteivorstand korrigiert wurde. Auch die vom Europawahl-Parteitag beschlossenen veränderten Personen-Plazierungen auf der Kandidatenliste, durch welche die gegen Militarismus und Kapitalmacht gesetzten Akzente verstärkt wurden, fanden positiven Widerhall in der Wählerschaft. Und das nicht nur im Osten, sondern auch im Westen. Vielleicht sogar: besonders dort. Davon zeugen Zuwächse wie die in Nordrhein-Westfalen von 76.689 im Jahre 1999 auf jetzt 112.480 (+35.791) Stimmen, in Niedersachsen von 32.077 auf 42.347 (+10.270) und in Baden-Württemberg von 32.439 auf 42.448 (+10.009) Stimmen, sowie in den übrigen westdeutschen Ländern mit einem Plus von zusammen 20.417 Stimmen. Es wäre sträflich, nach dem erreichten günstigen Wahlergebnis zu vergessen oder in weiteren Überlegungen zu vernachlässigen, daß die 6,1 % ohne die inhaltlichen und personellen Vorstands- bzw. Parteitagsbeschlüsse nicht erreichbar waren. Wer sie angreift, stellt wesentliche Grundlagen des Wahlergebnisses nachträglich in Frage. Und es ist unerhört, diejenigen, die klar beim Nein zu einem Verfassungsentwurf bleiben, der die Zukunft des europäischen Kontinents durch „Verpflichtung“ zu weiterer Militarisierung bedroht, gewissermaßen uneuropäischer Neigungen zu verdächtigen. Wer das tut, sollte sich selber fragen, wie er – oder sie – zu solch schamfreier Schelte einer gemeinsam erstrittenen kardinalen sozialistischen europapolitischen Position gelangen konnte.

Kontinentaler Zwang zu Marktradikalismus wäre historischer Rückschritt

Standfestigkeit ist auch für das zweite Nein erforderlich, das NEIN gegen die zwangsweise Fixierung eines maßgebenden Wirtschaftsprinzips, das für jegliche akzeptierte gesellschaftliche Ordnung in einem EU-Land „frei“ genannten – was heißt: von sozialstaatlichen Regelungen freien – kapitalistischen Markt-Wettbewerb vorschreiben soll: Markt von Personen und Gütern, Markt von Dienstleistungen und Kapital, neoliberal angelegt und also rücksichtslos gegen alles, was nicht höchsten Profit verheißt. Das PDS-Nein hiergegen richtet sich gleichermaßen gegen Aussperrungsrecht und andere repressive Mechanismen, die damit verbunden sind, und gegen das Fehlen des Rechts auf Arbeit. Kritiker weisen darauf hin, daß auch mit kontinentalem Zwang zu Marktradikalismus der bisher vorliegende EU-Verfassungsentwurf einen historischen Rückschritt gegenüber dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland darstellt. In dem nämlich ist

die Offenheit der Wirtschaftsordnung wenigstens von Verfassungsrechts wegen garantiert. Und zum Eigentum sagt es bekanntlich: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ (Art. 14, Abs. 2). Eine derartige Bestimmung fehlt bisher im EU-Verfassungsentwurf.

Vielfaches JA für ein friedliches und soziales Europa

JA sagen die Europa-Abgeordneten der PDS – ihren Wahl-Zielsetzungen entsprechend – zu einem sozialen Stabilitätspakt in Europa, der den Zusammenhang zwischen Ertragsrate und Sozialleistungsquote festschreibt, Ja zur Vollbeschäftigung, Ja zu kreditfinanzierten öffentlichen Investitionen, die sich langfristig selbst tragen, Ja zu europaweit einheitlichen Standards in der Einkommens- und Erbschaftssteuer, in Körperschafts-, Zins- und Wertpapierumsatzsteuer, zur Abführung von 1 % der bei Devisentransaktionen erzielten Einnahmen, JA zu mehr Demokratie, Sicherheit und Recht bis hin zur Volksabstimmung auch über die EU-Verfassung, JA zur stärkeren Koordinierung der Verbrechensbekämpfung unter striktem Vorbehalt der Wahrung der Grund- und Bürgerrechte, JA zur Reduzierung der militärischen Kapazitäten der EU und ihrer Mitgliedsstaaten bis zur strukturellen Nichtangriffsfähigkeit – die EU soll eine weltweite Vorreiterin eines Instrumentariums des Friedens und einer ursachenorientierten, nichtmilitärischen Antiterrorpolitik werden; JA zur Entschuldung der ärmsten Länder.

Widerstandspotentiale bündeln

Nur durch hartnäckigen, Widerstandspotentiale bündelnden außerparlamentarischen Kampf werden parlamentarische Ergebnisse im Ringen um diese Ziele erreichbar. Für solche Kräftebündelung ist es vordringlich, in den verschiedenen Strömungen des linken Spektrums und Sammlungsbewegungen gegen neoliberale Politik sowie zwischen ihnen neue Kooperations-Anstrengungen zu unternehmen. Frei von gegenseitiger Anmaßung, Bevormundung und Bezichtigung. Attac, Gewerkschaften, alternative Wählerinitiativen für Arbeit und soziale Gerechtigkeit sind da gefragt wie die PDS. Dazu gehört für letztere auch, sich mit seriösen Analysen am Gespräch über die verlorenen Stimmen (34.746 in Mecklenburg-Vorpommern, 28.133 in Berlin, 18.910 in Sachsen-Anhalt) zu beteiligen, mit Analysen, die Auskunft darüber zu geben versuchen, wie bei Regierungs-Beteiligung oder -Tolerierung künftig ein höheres Maß an Eigenständigkeit der PDS gewahrt werden kann, um die teilweise beeinträchtigte Glaubwürdigkeit wieder zu erlangen. Keinen Augenblick darf aus dem Blick geraten, daß für das Zustandekommen einer neuen Bundestagsfraktion die jetzt erreichte Zahl der Stimmen deutlich übertroffen werden muß. Eine Steigerung von anderthalb auf zweieinhalb Millionen wird wohl erforderlich sein.

Für eilfertiges Sprücheklopfen im „Wir-sind-wieder-wer“-Stil besteht kein Grund. Daß mancher von uns das Wahlergebnis zum Anlaß nimmt, Rückkehr auf

die bundespolitische Bühne zu vermehren, mag angehen. Ob und wie das tatsächlich geschieht, muß sich in unserem Handeln erweisen.

Der 3. April 2004 war in Berlin und anderswo ein Tag voll reicher Impulse für energisches Handeln gegen Sozialabbau. Dazu gehört, konkret veranschaulichende Fragen zum Widersinn herrschender Politik zu stellen. Statt mit den konkurrierenden Parteien um die Wette mit Worthülsen rumzuwerfen, sollten wir immer wieder den Menschen bekannte Lebensstatsachen zur Sprache bringen und im Gespräch gemeinsam erkunden, worauf sie hinauslaufen. Fragen, wie sie der Berliner TU-Student Rolf Hoffrogge stellte: „Warum zahlt jede Krankenschwester mehr Steuern als der gesamte Siemens-Konzern? Warum wird die technische Ausstattung der Bundeswehr bis 2014 für ungeheure 82 Milliarden Euro modernisiert, wo doch der Staat angeblich pleite ist? Warum soll die Arbeitszeit erhöht werden, wenn doch Millionen Menschen arbeitslos sind?“

Und sollten wir nicht aufgreifen, was Professor Peter Grottian, Sprecher des Berliner Bündnisses gegen Sozial- und Bildungsraub, bei der Auftaktkundgebung des 3. April auf dem Alexanderplatz anregte? Er sprach über radikalere Methoden und Formen des Protests und nannte als Möglichkeiten beispielhaft: Armuts- und Sozialproteste in die Reichtumszentren tragen, Arbeitsplätze instandbesetzen, Teilschließung von Arbeitsämtern, radikale Verweigerung sozialer Zumutungen. Er fügte hinzu: „Ja, wir sind nicht eingeübt in provozierende Sozial- und Armutsproteste wie in Italien und Frankreich. Aber wir müssen jetzt mehr versuchen, so schwer es auch ist, die Hürde zu Protest- und Konfliktformen des zivilen Ungehorsams zu überspringen.“ Eine nicht zu unterschätzende Probe wird zu bestehen sein im Kampf dagegen, daß Hartz IV „greift“: nach der Stütze greift und Hunderttausende in Ungewißheit, nein: in die Gewißheit sozialen Absturzes stößt. Da sind Protest und ziviler Ungehorsam Grottianschen Formats gefragt und Solidarität; die auch in konkreter Beratung und Hilfe.

Gnadenlos ist das Asoziale, nicht die Kritik daran

In den Demonstrationen Ende Juli/Anfang August 2004 sind Ansätze zur Bündelung von Protestpotentialen zu Tage getreten. Wie haben die Herrschenden reagiert? Erschrocken, verunsichert, nervös: Sie warteten mit zwei Zugeständnissen auf, die trotz ihrer Beschränktheit akzeptabel sind (Zahlungsbeginn im Januar 2005 und Anhebung der Kinderfreibeträge). Und sie ergehen sich in einem Gerede, das in seiner Beschränktheit nicht akzeptabel ist.

Arbeitslosigkeit sei „Erbe des Kommunismus“, phantasiert Clement. Gauck/Lengsfeld/Schulz verordnen, wer für soziale Menschenrechte im Kapitalismus demonstriert, dürfe solche Aktion nicht „Montagsdemo“ nennen. Der Begriff sei durch den Herbst 1989 gewissermaßen besetzt. Sie wollen vergessen machen, daß politische Freiheit im Sozialismus für viele der 89er Demonstranten keineswegs im Gegensatz zu sozialer Freiheit stand.

Und dem Kanzler wird übel, weil er sich beim Protest, an dem die PDS beteiligt ist, an die Volksfront erinnert fühlt. Ob er weiß, wovon er da spricht, ist nicht ganz gewiß. Denn eines möchte man ja doch nicht annehmen: daß er in seine Polemik diesen Begriff einfließen ließ, um etwa Abscheu gegen den 1936 in Paris unter Vorsitz von Heinrich Mann gebildeten Ausschuß für eine deutsche Volksfront zu äußern oder inniges Verständnis für Franco und seine deutschen Helfer, die in Spanien Republik und Volksfrontregierung in blutigem Bürgerkrieg ertränkten.

Auch dies dürfte doch eigentlich auszuschließen sein: daß er nicht wahrzunehmen imstande wäre, welche Umkehrung der Tatsachen er unternimmt, wenn er im Land Brandenburg, dessen gegenwärtige Regierung von einem Bündnis gestellt wird, das die SPD mit der CDU eingegangen ist, nicht angewidert diese Verbindung verurteilt, sondern die PDS in CDU-Nähe zu rücken versucht. Die PDS-Kritik am gnadenlos Asozialen im Hartz-IV-Gesetz ist ihm „gnadenloser Populismus“, und er scheut sich nicht, sie mit der Kritik der CDU, die gnadenlos mehr Asoziales fordert, zusammenzumanschen.

Schlimmer als fünf Flutkatastrophen?

Wenn gesagt wird, papierene Alternativkonzepte machen nur Sinn in Kombination radikalerer Protest- und Aktionsformen, finden wir darin Erfahrungen ausgedrückt, die auch wir gemacht haben. Seite an Seite mit anderen und auch unabhängig von ihnen. Sprechen solche Erfahrungen, ob man sie nun gewinnen konnte oder erleiden mußte, gegen alternative Konzeptpapiere? Wohl kaum. Wogegen sie sprechen, das ist etwas anderes: die Lebensferne mancher Papiere und – bei guten Texten – der Mangel an politischer Entschlossenheit, an Einfallsreichtum und Ausdauer, im Sinne des Aufgeschriebenen tatsächlich zu wirken in der alltäglichen sogenannten „Kleinarbeit“.

Am 25. Mai 2004 haben auf der Bundespressekonferenz Lothar Bisky, Helmut Holter und Bodo Ramelow ein Positionspapier vorgestellt, das einen radikalen Neuanfang für den Osten Deutschlands ins Auge faßt. „Die reale und gefühlte Ungleichbehandlung der Ostdeutschen wird zum Menetekel der deutschen Einheit“, sagte Bisky bei der Gelegenheit. Auf die von den Regierungen Kohl und Schröder systematisch betriebene Politik der verordneten Ungleichmacherei gegen die Ostdeutschen wird jetzt entschiedener reagiert, endlich. Als einige Mitstreiter vor Jahren gewarnt hatten, die per Ungleichmacherei heraufbeschworene Entvölkerung Ostdeutschlands werde schlimmere Folgen haben als fünf Flutkatastrophen zusammengenommen, war noch abgewiegelt worden: Das sei ja wohl doch etwas übertrieben gesagt. Jetzt hingegen heißt es unumwunden: „Insbesondere die sich verstärkende Abwanderung junger Menschen wird mehr und mehr zur akuten Bedrohung auch für jene Konzepte (... auch für die der PDS), die bewußt an die im Osten bestehenden Leistungspotentiale und die vorhandenen Standortvorteile anknüpfen.“ Das Vertuschen von Fehlentscheidungen und Fehlentwicklungen, das

Festhalten an gescheiterten marktradikalen Floskeln, in deren Gefolge neue Spaltungen entstanden, wird entschieden verurteilt.

Nun sollten stetig, man ist geneigt zu sagen, fast Tag für Tag neue Anregungen, Vorschläge und Kritiken der Öffentlichkeit unterbreitet werden, mit denen in den Parlamenten und ihren Ausschüssen, in Gewerkschaften, Sozialverbänden und den verschiedenen Gremien anti-neoliberaler Bewegung, an allen Plätzen, wo Mitglieder und Sympathisanten der PDS tätig sind, für die Lebensfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft, für Erhalt und Verbesserung der hier bestehenden sozialen und kulturellen Infrastruktur sowie für Bildungs- und Innovationsinvestitionen gekämpft wird. Infolge des Wütens der Treuhand genannten Fremdhand-Anstalt hat heute von den hundert größten deutschen Unternehmen nicht eines seinen Sitz in Ostdeutschland. Dieser volkswirtschaftliche Irrsinn muß revidiert werden. Die Steuereinnahmen der Kommunen erreichen in Ostdeutschland bisher nur 30 % des Niveaus der westdeutschen Städte und Gemeinden. Das Privatvermögen der ostdeutschen Haushalte beträgt nur ein Viertel des Privatvermögens der Haushalte im Westen. Wer nicht dazu beiträgt, derartige Mißverhältnisse zu ändern, vergeht sich am Verfassungsgebot gleicher Lebensverhältnisse in den Bundesländern. Endlich Schluß muß sein mit den für viele einzelne individuell schmerzlich spürbaren diskriminierenden regionalen Lohn-, Gehälter- und Rentenbenachteiligungen, die sich gegen Bürgerinnen und Bürger der 1990 zur Bundesrepublik gekommenen Länder richten. Ganz Ostdeutschland ist heute ein nahezu flächendeckender Niedriglohnsektor. Wer „durchgeholt“ hat, daß hier „Verstetigung“ von Ungleichheit über die Jahre 2020, 2030 und 2040 hinaus droht, wird bereit sein, gegen einen solchen, voraussehbar verderbenbringenden Gang der Dinge mit allen nur möglichen Mitteln – außerparlamentarischen und gesetzgeberischen – anzugehen, bevor es – bzw. damit es nicht – zum Knall kommt.

Zur gleichen Zeit und mit gleicher Energie ist für gesamtdeutsche Lösungen zu streiten wie menschenrechtsgemäße Grundsicherung statt repressiver Sozialhilfe, für Millionen neuer Arbeitsplätze, an deren Schaffung Erwerbslose sich beteiligen, Wiederaufnahme arbeitsplatzschaffender Strategien in gewerkschaftliche Tarifkonzepte statt in diesen alles nur auf Lohnprozente zu reduzieren, Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich, Gebührenfreiheit für Schulunterricht, Berufsbildung und Universitätsstudium; gegen den Rückschritt zu Bildungsprivilegien vergangener Zeiten, die vergangen bleiben sollen.

Bemerkenswerte Stetigkeiten bei den drei Thüringer Landtagsparteien

Die Thüringer Landtagswahl 2004 hat die Dauerhaftigkeit einiger schon länger anhaltender Tendenzen unterstrichen: die Akzeptanz-Abnahme der CDU bei immer noch deutlichem Vorsprung vor den anderen Parteien, das Straucheln der SPD, den Stimmenzuwachs der PDS. Hier eine Übersicht der Ergebnisse der drei Parteien bei den Wahlen 1990, 1994, 1999 und 2004:

Wahltag	CDU	SPD	PDS
14. Oktober 1990	634 769	318 490	136 098
16. Oktober 1994	605 608	420 236	235 556
12. September 1999	592 459	214 793	247 904
13. Juni 2004	435 188	146 882	264 268

Zur Erläuterung genügen pro Spalte wenige Anmerkungen.

Spalte 1, CDU: Vor fünf Jahren reichte die bis dahin niedrigste Wählerzahl, die die Thüringer CDU bei Landtagswahlen je gehabt hatte, dennoch zur Bildung einer CDU-Alleinregierung, weil wegen Rückgangs der Wahlbeteiligung der absolute Stimmenschwund zum Prozentplus wurde; es ergaben sich 51,5 %. Diesmal reichte nun ein Prozentsatz von 43, um erneut allein die Regierung zu bilden, weil – wie weiter oben schon erwähnt – infolge des Wegfalls der B 90/Grünen- und FDP-Mandate wegen Unterschreitens der 5 % weniger als die Hälfte der Wählerstimmen etwas mehr als die Hälfte der Abgeordnetensitze im Landtag ergab.

Spalte 2, SPD: Die Thüringer SPD tönte, ohne in tatsächlicher Opposition zu der das Land schädigenden CDU-Herrschaft zu stehen, sie wolle deren Beendigung. Die einzige reale Chance dazu – ein parlamentarisches Zusammenwirken mit der PDS – aber schlug der SPD-Spitzenkandidat in blindem oder absichtsvollem Eifer von vorn herein aus. Die SPD-Landesoberen strebten an, einige ihrer Funktionäre als CDU-Regierungs-Gehilfen – wie unter Vogel schon mal vier Jahre lang geübt – ins Althaus-Kabinett zu entsenden. Von ihren schon dürftigen 1999er 18,5 % (bei 214.793 Stimmen) sackten sie auf 14,5 % ab (bei 146.882 Stimmen): gerade noch etwas mehr als die Hälfte der PDS-Stimmen.

Spalte 3, PDS: Wie die Tabelle zeigt, beruhen die Wahlerfolge der Thüringer PDS nicht, wie gelegentlich vermutet wird, auf glücklichen Prozentverhältnissen trotz ungünstiger Entwicklung der absoluten Stimmenzahlen, sondern es ergaben sich Zuwächse von 99.000, 12.000 und 17.000 Stimmen. Prozentual bewegte sich die Thüringer PDS bei den Wahlen zum Thüringer Parlament von 9,7 über 16,6 und 21,4 auf jetzt 26,1 %. Das Plus an Prozentpunkten belief sich nach der ersten Wahlperiode auf 6,9, dann auf 4,8 und jüngst auf 4,7; wobei dieser jüngste Anstieg von besonderem politischen Gewicht ist, weil er von der Unterstützung der Partei und der von ihr nominierten Abgeordneten-Kandidaten durch einen bemerkenswert erweiterten Kreis der Bevölkerung zeugt.

Dieser Text ist die erweiterte und nach dem Stand vom 15. August 2004 aktualisierte Fassung eines am 10./11. Juli 2004 in der sozialistischen Tageszeitung „Neuen Deutschland“ erschienenen Artikels. Er wird mit Genehmigung des Autors herausgegeben vom Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V., K.-Kollwitz-Str. 6, 07743 Jena (www.thueringer-forum.de).

V.i.S.d.P.: Vera Haney